

## **Gemeindefusion Mondsee und Tiefgraben: Projekt scheitert durch mangelnde Transparenz**

Mondsee/Tiefgraben – Die Versuche einer Fusion der Gemeinden Mondsee und Tiefgraben ist gescheitert. Trotz der anfänglichen Präsentation als *Jahrhundertchance* scheiterte das Vorhaben aufgrund von intransparenten Geheimgesprächen zwischen den ÖVP-Gruppen, die weder die Gemeinderäte beider Gemeinden noch die Öffentlichkeit einbezogen. Besonders brisant: Der medial groß angekündigte Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Tiefgraben wurde kurz vor der entscheidenden Gemeinderatssitzung zurückgezogen und somit nicht behandelt.

## **Komplexe Ausgangslage und rechtliche Hürden**

Der Bürgermeister von Mondsee hatte in der Fusion eine große Chance gesehen, doch die Realität entpuppte sich als deutlich komplizierter. Tiefgraben ist Teil einer bestehenden Verwaltungsgemeinschaft mit Innerschwand und St. Lorenz. Eine Fusion zwischen Mondsee und Tiefgraben würde bedeuten, dass beide Gemeinden unter einem gemeinsamen Namen zusammengeschlossen worden wären, aber im Wege der Gesamtrechtsnachfolge jedoch gesetzlich verpflichtet wären, der bestehenden Verwaltungsgemeinschaft beizutreten – inklusive aller damit verbundenen Rechte und Pflichten.

Das Ergebnis wäre eine Verwaltung mit drei Bürgermeistern und drei Gemeinderäten geblieben, was die angestrebte Effizienzsteigerung ad absurdum geführt hätte.

## **Fehlende rechtliche Prüfung und mangelnde Einbindung**

Nach über 1,5 Jahren intensiver Arbeit in kleinen ÖVP-Gruppen, die ohne Wissen des eigenen ÖVP-Bauernbundes und ohne Einbindung der Gemeinderäte durchgeführt wurde, scheiterte das Projekt an grundlegenden Fehlern. Besonders gravierend: Eine rechtliche Prüfung der Fusion wurde nicht vorgenommen, wodurch die gesamte Initiative auf wackeligen Füßen stand. Die gewählte Vorgehensweise – Geheimgespräche ohne Einbindung des Bürgermeisters und des Gemeinderats von Tiefgraben – führte letztlich zum Scheitern.

## **Vertrauensverlust durch fehlende Transparenz**

Die mangelnde Einbindung der Bevölkerung und der Gemeinderäte beider Gemeinden hat zu einem erheblichen Vertrauensverlust für die ÖVP-Parteien geführt. Statt einer offenen und transparenten Kommunikation wurden wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen, was das Ziel einer Gemeindefusion in weite Ferne rücken lässt.

## **Forderung nach Transparenz und offener Kommunikation**

Für zukünftige Überlegungen zu Gemeindefusionen ist es unerlässlich, Transparenz zu gewährleisten und alle Beteiligten umfassend einzubinden. Nur durch eine offene Kommunikation und eine sorgfältige rechtliche Prüfung können solche Initiativen erfolgreich umgesetzt werden.